



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

**SCHWEIZER
KOOPERATIONS-
PROGRAMM IN
BOSNIEN UND
HERZEGOWINA
2025–2028**



Kontext

Das Kooperationsprogramm ist seit 1996 ein wichtiger Bestandteil der engen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Die Schweiz fördert in Bosnien und Herzegowina ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Demokratiebestrebungen, eine gute Regierungsführung und einen gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Seit 2009 führen die beiden Länder eine Migrationspartnerschaft für eine sichere, geordnete und reguläre Migration. Das Kooperationsprogramm richtet sich auch an die Diaspora in der Schweiz und in anderen Ländern, indem es Investitionen und den Wissensaustausch fördert. In der Schweiz leben rund 65'000 Personen aus Bosnien und Herzegowina.

Das Land ist heute, drei Jahrzehnte nach Kriegsende, mit widersprüchlichen historischen Narrativen und geopolitischen Einflüssen konfrontiert. Die politischen Akteure haben unterschiedliche Vorstellungen über den künftigen Weg des Landes.

Eine Rhetorik der Ausgrenzung und Korruption behindern die Entwicklungsbestrebungen. Zunehmende Spannungen in der Region schüren zudem das Risiko eines bewaffneten Konflikts.

Die Bedürfnisse der Bevölkerung und des Landes ergeben sich aus den zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten. Der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement bleibt eingeschränkt. Aufgrund der schwierigen politischen und sozioökonomischen Lage sind in den letzten zehn Jahren jährlich rund 60 000 Personen ausgewandert, hauptsächlich nach Westeuropa. Gleichzeitig stellt die Alterung der Bevölkerung eine grosse Herausforderung für das Bildungs- und Gesundheitswesen, den sozialen Schutz und die Arbeitsmärkte dar. Trotz Defiziten in den Bereichen Infrastruktur, institutionelle Kapazitäten und qualifizierte Arbeitskräfte hat sich die Wirtschaft als widerstandsfähig erwiesen. Es braucht jedoch weitere Investitionen,

damit das Land wettbewerbsfähiger wird und die europäischen Standards erfüllen kann. Ein gemeinsamer regionaler Markt und die zunehmende Integration in den EU-Binnenmarkt bieten ein erhebliches Handels- und Investitionspotenzial für Bosnien und Herzegowina und die Schweiz.

Die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen im Jahr 2024 ebnet den europäischen Weg für Bosnien und Herzegowina. Der von der EU finanzierte Wachstumsplan für den Westbalkan sieht die Finanzierung von Infrastrukturvorhaben vor. Die Unterstützung ist an Reformen im Bereich Demokratie und regionale Integration geknüpft. Als einer der wichtigsten bilateralen Geber kann die Schweiz auch ihr Fachwissen und ihre Erfahrung als föderalistischer Staat einbringen.

Mobilni studio

ETH zürich

LEC
Laboratory for Environmental Change

Archi-
tectures
Urban
Design



URBANISTIČKI PLAN UGRANNOG PODRUČJA BAKALUO



Resultate und Erkenntnisse 2021–2024

Wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung

Die Schweiz arbeitete mit nationalen und internationalen Institutionen sowie Wirtschaftsverbänden in den Bereichen Privatssektorförderung, Berufsbildung und Zugang zu Finanzmitteln zusammen. Schwerpunkte waren Handelsförderung, Schuldenmanagement, Unterstützung von Start-ups und Digitalisierung. Insgesamt wurden 777 Kleinunternehmen unterstützt. Mit neuen Kompetenzen in Exportförderung, E-Commerce und IT erschlossen diese neuen Märkte und kreierten Arbeitsplätze. Investitionen von 11,4 Millionen Franken wurden durch Startkapital, grüne Kreditlinien und Investorenvermittlung mobilisiert. Der Privatsektor stärkte die Berufsbildung durch betriebliche Mentoringprogramme und Schulungen. Während die strukturelle Arbeitslosigkeit zurückging, führten Arbeitskräftemangel und die Abwanderung junger Menschen zu höheren Löhnen, Investitionen in Qualifikationen und mehr Beschäftigung von Frauen und Wanderarbeitskräften. Der ökologische Wandel und die

EU-Kohlenstoffabgabe fordern emissionsintensive Unternehmen.

Lokale Gouvernanz und Dienstleistungen der Gemeinden

Mit Hilfe der Schweiz wurden neue Gesetze zur Modernisierung der Wasserbewirtschaftung in 25 Prozent der Gemeinden erlassen, wodurch 1,1 Millionen Menschen sicheres Trinkwasser erhalten und Dienstleistungen für 2400 mittellose Menschen subventioniert werden. Die kommunale Planung und die öffentlichen Dienstleistungen wurden verbessert. In 27 Prozent der Gemeinden konnten 31'000 Menschen dank Partizipationsinitiativen besser mitbestimmen. Rund 220 zivilgesellschaftliche Organisationen und Gemeindeverbände wurden bei der Interessensvertretung unterstützt. Die lokale Gouvernanz und die Umsetzung des EU-Besitzstands müssen weiter gestärkt werden, ebenso wie das Katastrophenrisikomanagement.

Gesundheit

Neue Rechtsrahmen zu Tabakkontrolle, Arzneimittellisten, psychischer Gesundheit und patientenorientierter Versorgung sind Fortschritte zu europäischen Standards und einer harmonisierten Gesundheitsversorgung. Gesundheitsförderung und Kampagnen zur Prävention nicht übertragbarer Krankheiten erreichten über 800'000 Menschen. Rund 1,4 Millionen Menschen erhielten Zugang zur Spitex-Dienste auf Gemeindeebene mit einer Zufriedenheitsrate von 88 Prozent. Fast 200 000 Menschen erhielten Pflegeleistungen und 74 gemeindliche Zentren für psychische Gesundheit konnten Dienstleistungen anbieten. 3'500 ältere Menschen profitierten von einer häuslichen Betreuung. Herausforderungen bleiben die öffentliche Finanzverwaltung, Schulden, Abwanderung, Qualität und Zugang. Die kostensparende Prävention bleibt unterfinanziert.

Die Schweiz war auch in anderen Bereichen aktiv: Migrationsmanagement, Minenräumung und Kulturförderung. Im Justizbereich wurde die Unterstützung schrittweise zurückgefahren.

Engagement der Schweiz – Schwerpunkte 2025–2028

Die Schweiz unterstützt Bosnien und Herzegowina bei der Stärkung einer friedlichen demokratischen Gesellschaft und bei der europäischen Integration. Sie konzentriert sich auf Bereiche, in denen ihr Fachwissen die sozioökonomischen Reformen des Landes und die Prioritäten für die europäische Integration unterstützen kann. Schwerpunkte des Programms sind politische, wirtschaftliche und soziale Reformen für effiziente Institutionen und Dienstleistungen, eine grüne Wirtschaft, effizientes Migrationsmanagement und ein gut funktionierender Gesundheitssektor. Von besonderem Interesse sind die Erfahrungen der Schweiz mit Kohäsion, Föderalismus, Dezentralisierung und interkantionaler Koordination.

Die Schweiz kann als glaubwürdige, prinzipientreue und unparteiische Akteurin unterschiedliche ethnische Interessengruppen

zusammenbringen. Ihr Status als Nicht-EU-Mitglied schafft Vertrauen und öffnet Türen im Integrationsprozess. Ihr Engagement ist langfristig, vorhersehbar, flexibel und folgt einem Bottom-up-Ansatz. Die Projekte werden grundsätzlich landesweit durchgeführt, um eine gemeinsame Entwicklung mit kompatiblen Systemen zu gewährleisten.

Nachhaltige wirtschaftliche und migrationspolitische Zusammen- arbeit

Die Schweiz trägt dazu bei, Bedingungen für Handel und Investitionen, Privatsektorförderung, Schaffung von Arbeitsplätzen, Innovation, Digitalisierung und Nachhaltigkeit sicherzustellen. Dazu gehören die Verbesserung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, der Ausbau von Unternehmensdienstleistungen und die Förderung wettbewerbsfähiger Unternehmen und

Start-ups. Gezielt gefördert werden junge Menschen, Frauen und eine grüne Wirtschaft. Eine auf die Marktbedürfnisse ausgerichtete und landesweit harmonisierte Berufsbildung soll die Jugendarbeitslosigkeit verringern. Der Schwerpunkt liegt auf Lernen am Arbeitsplatz und Mentoringangeboten sowie der Partnerschaft zwischen Behörden, Bildungseinrichtungen und dem Privatsektor. Verbesserte Arbeitsbedingungen, die Beschäftigung von Frauen und Migrantinnen und Migranten sowie die Einbindung der Diaspora stärken die Wirtschaft.

Im Rahmen der Migrationspartnerschaft stärkt die Schweiz die Eigenverantwortung und autonome Handlungsfähigkeit der Behörden. Dies umfasst den Aufbau lokaler Kapazitäten, regionale Kooperation, und die Befähigung von Bosnien und Herzegowina, die volle Verantwortung für das

Grenzmanagement, den Schutz der Rechte von Migrantinnen und Migranten, sowie die Erbringung grundlegender Dienstleistungen zu übernehmen.

Lokale Gouvernanz und Dienstleistungen der Gemeinden

Die Schweiz fördert Demokratie und gute Regierungsführung, indem sie rechen-schaftspflichtige und transparente Institutionen stärkt, die gute öffentliche Dienstleistungen erbringen. Sozial ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen sollen systematisch in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Partnerschaften zwischen schweizerischen und lokalen Institutionen ermöglichen den Erfahrungsaustausch bei der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele und der freiwilligen Berichterstattung an die UNO. Zivilgesellschaftliche Organisationen werden im Dialog mit den Behörden unterstützt. Dadurch wird der Zusammenhalt gestärkt und das Vertrauen in demokratische Prozesse und Institutionen gefördert.

Die Ausarbeitung von Gesetzen im Einklang mit europäischen Standards ist wichtig für

landesweit hochwertige öffentliche Dienstleistungen. Die Bevölkerung profitiert direkt von sauberem Trinkwasser durch eine modernisierte Versorgungsinfrastruktur. Die Schweiz unterstützt die Behörden in der Energieeffizienz, der Umstellung auf erneuerbare Energien, sowie beim Katastrophenschutz.

Gesundheit

In enger Zusammenarbeit mit den Gesundheitsbehörden fördert die Schweiz den landesweiten Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Grundversorgung und einen gesünderen Lebensstil. Die Schwerpunktbereiche der Grundversorgung sind die Prävention nichtübertragbarer Krankheiten und die Verbesserung der Krankenpflege sowie der Pflegedienste für ältere Menschen. Diese verbessern das Gesundheitssystem und senken die Kosten. Gesetze, Verordnungen, Strategien und professionelle Standards werden von den zuständigen Ministerien der Entitäten gemeinsam ausgearbeitet. Dabei wird auf eine landesweite Harmonisierung geachtet. Persönliche und institutionelle Kontakte auf verschiedenen Ebenen tragen zum

gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Die unterstützten Projekte konzentrieren sich auf benachteiligte Gruppen, darunter Menschen mit chronischen Krankheiten, psychischen Leiden oder eingeschränkter Mobilität, aber auch Menschen in abgelegenen Gebieten.

Transversale Themen

Alle Projekte, Beiträge und Partnerschaften verbessern den Einbezug sozial benachteiligter Gruppen und die Gleichbehandlung von Männern und Frauen, insbesondere beim Zugang zu Dienstleistungen und bei der demokratischen Teilhabe. Die Schweiz fördert gute Regierungsführung durch Transparenz, Rechenschaftspflicht, Partizipation, Rechtsstaatlichkeit und Effizienz. In Bezug auf Korruption gilt eine Null-Toleranz-Politik.

Gesundheit



Schwerpunkte

Lokale Gouvernanz und Dienstleistungen der Gemeinden



Nachhaltige wirtschaftliche und migrationspolitische Zusammenarbeit





Ansatz und Partner

Die Schweiz verfügt als Willensnation über Erfahrung in der Förderung des Zusammenhalts von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Sprache. Sie arbeitet mit einer Vielzahl von Akteuren in ganz Bosnien und Herzegowina zusammen, darunter Behörden auf allen Ebenen, Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Zivilgesellschaft und Entwicklungspartner. Mit der Identifikation gemeinsamer Interessen und Werte trägt sie zu Frieden und nachhaltiger Entwicklung bei und fördert den institutionellen Austausch von Ideen, Erfahrungen und Strategien. Dadurch trägt sie zu harmonisierten Systemen und einem gleichberechtigten Zugang zu Dienstleistungen bei.

Der politische Wille zur Umsetzung von Reformen auf allen Regierungsebenen und die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor sind die Voraussetzungen für die guten Ergebnisse. Die Schweiz richtet ihren politischen Dialog auf sozioökonomische Bedingungen, die lokale Gouvernanz, das Migrationsmanagement sowie die Bereiche Wasser, Energie und Gesundheit aus.

Sie stimmt ihre Zusammenarbeit auf die Prioritäten von Bosnien und Herzegowina ab, stellt ihr Fachwissen zur Verfügung und verstärkt die Bemühungen der EU. Leistungsorientierte Ansätze und eine lokal geführte Entwicklung erhöhen die Wirksamkeit und

stärken die Institutionen. Wo möglich bevorzugt die Schweiz lokale Partner vor externen Akteuren. Partnerschaften und Kernbeiträge sind bevorzugte Modalitäten. Zudem fördert die Schweiz die Koordination zwischen Entwicklungsakteuren und die regionale Zusammenarbeit.

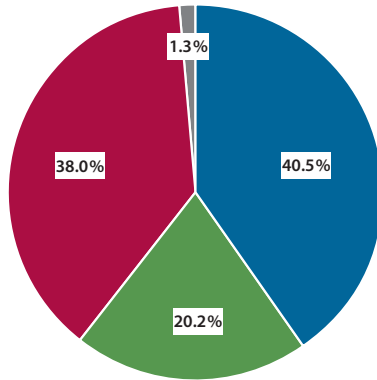
Für den Zeitraum 2025–2028 sind Beiträge von bis zu 15 Millionen Franken jährlich (30 Mio. BAM) vorgesehen. Diese sollen auch Anreize für weitere Investitionen durch multilaterale Banken und den Privatsektor schaffen.

Karte Bosnien und Herzegowina

Kooperationsprogramm 2025–2028

Vorgesehenes Gesamtbudget: 60,4 Mio. CHF*

Aufteilung nach Schwerpunkten



- Nachhaltige wirtschaftliche und migrationspolitische Zusammenarbeit
- Gesundheit
- Lokale Gouvernanz und Dienstleistungen der Gemeinden
- Sonstiges

* Die Angaben zu den Finanzzahlen sind indikativ. Sie bilden die Grundlage der vorläufigen Ausgabenpläne, die jedes Jahr vom Bundesrat und vom Parlament überprüft werden.





Impressum

Herausgeber:
Eidgenössisches Departement für auswärtige
Angelegenheiten EDA
Direktion für Entwicklung und
Zusammenarbeit DEZA
3003 Bern Zollikofen
www.deza.admin.ch

Gestaltung:
Mark Manion, Communication Arts

Fotos:
EDA

Kontakt:
Sektion Osteuropa
+41 58 467 87 78
deza.osteuropa@eda.admin.ch

Schweizerische Botschaft
Zmaja od Bosne 11
Zgrada RBBH objekat B
71000 Sarajevo
Bosnien und Herzegowina
sarajevo@eda.admin.ch

Bern, 2025 / © EDA/DEZA

